

Bernd Marin

## **“Wie sich Schwarze und Grüne in der “türkis-blau-roten” Pensionspolitik noch erkennen können ist rätselhaft.”**

***Kleine Zeitung: Gehen wir mit den jährlichen überproportionalen Erhöhungen kleiner Pensionen auf eine einheitliche „Volkspension“ zu?***

Bernd Marin: Kurzfristig nicht, längerfristig schon. Es ist eine Grundsatz-Wertentscheidung zu treffen, ob das – ohnedies abgeschwächte – Versicherungsprinzip weiterhin gilt oder wir eine Volkspension einführen. Das war nicht nur das Modell der ehemaligen Volksdemokratien im Ostblock, sondern auch der Grundsicherung zahlreicher liberalkapitalistischer Pensionsysteme in anglo-sächsischen Ländern dreier Kontinente ebenso wie der 1. Säule der benachbarten Schweiz. Bei uns gilt zwar seit dem Pensionsharmonisierungsgesetz 2004 rechtlich noch immer einer voller Inflationsausgleich für alle nach dem Verbraucherpreisindex VPI, de facto jedoch seit 2018 differenzierte Stufenmodelle (2018 Kern/Mitterlehner/ Stöger, 2019 Kurz/Strache/Hartinger-Klein, 2020 Kurz/Kogler/Anschober), die jedoch praeter legem agieren und durch regelmäßige Gesetzesverletzungen willkürlich Wahlzuckerl nach “Gutsherrenart” verteilen und wohlinszenierte “Verbesserungen” absichtlich ungenügender Gesetze erlauben.

***Kleine Zeitung: Ist das mit Hinblick auf die Demographie eine vernünftige Entwicklung?***

Marin: Die Antwort hat nichts mit Demographie, sondern alleine mit Demokratie zu tun – was will das Volk, die Mehrheit und die schützenswerten Minderheiten? Zweitens, was macht politisch Sinn? Und drittens, ist es rechtlich korrekt? Die Antworten: die meisten wollen leider Widersprüchliches; beides könnte politisch durchaus Sinn machen; aber die gängige Praxis ist ungesetzlich und müsste erst legislativ repariert werden.

***Kleine Zeitung: Ist unser Pensionssystem für die kommenden Jahrzehnte gut aufgestellt?***

Marin: Nein, es ist mittel- und längerfristig leider nicht nachhaltig, ebenso wenig wie das deutsche, wenngleich zumindest großzügiger als das Rentensystem der nördlichen Nachbarn.

***Kleine Zeitung: Wenn nein, welche Reformen bräuchte es?***

Marin: Wir brauchen erst einmal eine viel höhere Beschäftigung vor allem älterer und jüngerer Arbeitnehmer. Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspensionen im besten Erwerbsalter müssen, wie etwa in Holland und Italien, stark sinken. Betriebliche Altersvorsorge muss endlich nach europäischen Standards ausgebaut werden – als Mehrheitsprogramm wie die Abfertigung neu und nicht als Minderheitennische von vier bis irgendwann einmal 23 Prozent. Das Pensionsalter Frauen und Männer muss noch vor 2034 voll angeglichen werden. Die Harmonisierung der Beamtenpensionen mit ASVG muss von 2028 bzw. 2042 (Wien) vorverlegt werden. Die strukturell korrupten „Sonderpensionen“ oder „Luxusrenten“ müssen möglichst sofort auslaufen bzw. durch Pensionssicherungsbeiträge höchstmöglich besteuert werden. Ein Stop der Frühpensionen im öffentlichen Dienst wäre durch rigorose Vakanz bei Nachbesetzungen faktisch zu erzwingen. Eine automatische Einbeziehung weiterer Lebenserwartungszuwächse (von derzeit 71-101 Tagen jährlich) wäre ab sofort durch eine sanfte Anhebung des Regelpensionsalters von zwei bis drei Monaten jährlich zu erreichen. Nichts davon ist bei der immer noch vorherrschenden, völlig verantwortungslosen Wohlfühlpolitik fast aller Parteien (mit Ausnahme der Neos) absehbar. Das Platzen dieser Wohlfühlblase wird sehr schmerzlich sein. Wie sich Schwarze und Grüne in der “türkis-blau-roten” Pensionspolitik noch erkennen können ist rätselhaft.